

Ä1

Antrag

Initiator*innen: Marc Frings

Titel: Ä1 zu A1: Europäischer Katholikentag 2026

Antragstext

Von Zeile 6 bis 10:

Die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) beauftragt das Generalsekretariat, die Planungen für einen ~~Europäischen~~ Katholikentag mit Schwerpunkt Europa im Jahr 2026 in Gang zu bringen. Ein gemeinsamer ~~Europäischer~~ Katholikentag mit Schwerpunkt Europa bietet die Chance, das Zusammenleben in Europa zu fördern sowie Brücken zwischen den Menschen und Nationen zu bauen.

Von Zeile 16 bis 17:

Die Vollversammlung beauftragt das Generalsekretariat, ~~in Kooperation~~ führt Gespräche mit der Kommission der Europäischen Bischofskonferenzen (COMECE) und mit den

Von Zeile 19 bis 21:

Ländern die konkreten Planungen für einen Europäischen Katholikentag im Jahr 2026 ~~auf den Weg~~ zu ~~bringen~~ führen. Dadurch soll das katholische Laienapostolat auf europäischer Ebene strukturell auch langfristig gestärkt werden.

Von Zeile 24 bis 26:

Kirchentag in Europa ins Auge zu fassen, sollen dazu weitere Vorüberlegungen angestellt werden. Der Vollversammlung ist bis zum ~~10.11/24. Mai 2019~~April 2021 ein erster Zwischenbericht zu geben.

Ä1

Antrag

Initiator*innen: Markus Ziganki

Titel: Ä1 zu A2: Mehr Mitbestimmung ermöglichen

Antragstext

Von Zeile 54 bis 56:

- **Teilhabe junger Menschen am politischen Geschehen ermöglichen und das Wahlalter auf allen Ebenen auf **mindestens**möglichst 14 Jahre absenken.**
Die anstehende Wahlrechtsreform muss für die notwendige Änderung genutzt

Von Zeile 62 bis 63 löschen:

- politische, gesellschaftliche und kirchliche Entscheidungsprozesse eingebunden werden und dazu befähigt werden, ihre Meinung einzubringen.[Zeilenumbruch]

Von Zeile 72 bis 73 löschen:

- politische Bildung sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich weiter zu stärken.[Zeilenumbruch]

Begründung

Ich teile den Wunsch nach der Absenkung - auch durchaus auch auf 14 Jahre.
Der Textvorschlag ist ein Kompromissvorschlag.

Ä2

Antrag

Initiator*innen: Bernhard Emunds

Titel: Ä2 zu A2: Mehr Mitbestimmung ermöglichen

Antragstext

Von Zeile 54 bis 56:

- **Teilhabe junger Menschen am politischen Geschehen ermöglichen und das Wahlalter auf allen Ebenen auf ~~mindestens 14~~16 Jahre absenken.**
Die anstehende Wahlrechtsreform muss für die notwendige Änderung genutzt

Von Zeile 62 bis 63 löschen:

- politische, gesellschaftliche und kirchliche Entscheidungsprozesse eingebunden werden und dazu befähigt werden, ihre Meinung einzubringen.[Zeilenumbruch]

Von Zeile 72 bis 73 löschen:

- politische Bildung sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich weiter zu stärken.[Zeilenumbruch]

Begründung

16 Jahre scheint mit Blick auf die Entwicklung der kognitiven Fähigkeiten von Jugendlichen angemessener.

Ä3

Antrag

Initiator*innen: KAD

Titel: Ä3 zu A2: Mehr Mitbestimmung ermöglichen

Antragstext

Von Zeile 54 bis 56:

- Teilhabe junger Menschen am politischen Geschehen ermöglichen und das Wahlalter auf allen Ebenen auf ~~mindestens 14 Jahre~~ unter 18 Jahren absenken.

Die anstehende Wahlrechtsreform muss für die notwendige Änderung genutzt

Von Zeile 62 bis 63 löschen:

- politische, gesellschaftliche und kirchliche Entscheidungsprozesse eingebunden werden und dazu befähigt werden, ihre Meinung einzubringen.[Zeilenumbruch]

Von Zeile 72 bis 73 löschen:

- politische Bildung sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich weiter zu stärken.[Zeilenumbruch]

Ä4

Antrag

Initiator*innen: Bernhard Emunds

Titel: Ä4 zu A2: Mehr Mitbestimmung ermöglichen

Antragstext

Von Zeile 54 bis 56:

- **Teilhabe junger Menschen am politischen Geschehen ermöglichen und das Wahlalter auf allen Ebenen auf ~~mindestens 14~~16 Jahre absenken.**
Die anstehende Wahlrechtsreform muss für die notwendige Änderung genutzt

Von Zeile 62 bis 63 löschen:

- politische, gesellschaftliche und kirchliche Entscheidungsprozesse eingebunden werden und dazu befähigt werden, ihre Meinung einzubringen.[Zeilenumbruch]

Von Zeile 72 bis 73 löschen:

- politische Bildung sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich weiter zu stärken.[Zeilenumbruch]

Begründung

16 Jahre scheint mit Blick auf die Entwicklung der kognitiven Fähigkeiten angemessener.

Ä1

Antrag

Initiator*innen: Prof. Dr. Dr. Ulrich Hemel (BKU)

Titel: Ä1 zu A6: Lieferketten

Antragstext

Von Zeile 17 bis 21:

~~Da die deutschen Unternehmen in ihrer Mehrheit offensichtlich weit davon entfernt sind, auf freiwilliger Basis die Einhaltung der Menschenrechte in ihren Lieferketten von der Rohstoffgewinnung bis zur Endfertigung zu gewährleisten, bekräftigt und erweitert das ZdK seine Forderungen nach einem wirksamen Lieferkettengesetz.~~

Das ZdK bekräftigt und erweitert seine Forderungen nach einem wirksamen Lieferkettengesetz.

Begründung

Begründung: Der zu streichende Halbsatz schließt unzulässigerweise von den befragten

Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern auf alle Unternehmen und unterstellt Handlungsweisen und Absichten, die zu beweisen wären.

Ä2

Antrag

Initiator*innen: Prof. Dr. Dr. Ulrich Hemel (BKU)

Titel: Ä2 zu A6: Lieferketten

Antragstext

Von Zeile 28 bis 31:

- ~~alle in Deutschland ansässigen oder geschäftstätigen Unternehmen erfassen, unabhängig von ihrer Größe, deren Geschäftstätigkeit in besonderem Umfang Menschenrechtsverletzungen bzw. Umweltrisiken bergen, z. B. im Textil-, Chemie oder Automobilsektor.~~
- alle in Deutschland ansässigen oder geschäftstätigen Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitenden erfassen.

Begründung

Begründung: 99 % aller Unternehmen in Deutschland sind kleine und mittlere Betriebe (KMU), die lokal tätig sind, junge Menschen ausbilden und überwiegend inhabergeführt sind. Diesen Betrieben fehlen Marktmacht, Mittel und Möglichkeiten der Lieferkettenüberprüfung. Sie einzubeziehen, ist kontraproduktiv zu den Absichten des Antrages.

Unterstützer*innen

Michael Wedell (Einzelpersönlichkeit), Dr. Barbara Hendricks (Einzelpersönlichkeit)

Ä3

Antrag

Initiator*innen: Michael Wedell (Einzelpersonlichkeit)

Titel: Ä3 zu A6: Lieferketten

Antragstext

Von Zeile 38 bis 42:

- ~~beinhalten, dass die Missachtung der Sorgfaltspflichten an öffentlich rechtliche Sanktionen wie Bußgelder, den Ausschluss von öffentlichen Vergabeverfahren und von der Außenwirtschaftsförderung geknüpft ist.~~
- Unternehmen dazu verpflichten, die Risiken ihrer Lieferketten nachweislich zu dokumentieren und entsprechende Maßnahmen zur Vermeidung, Aufklärung etc. zu ergreifen.
- ~~beinhalten, dass Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen haften, die durch ihre Missachtung von Sorgfaltspflichten entstanden sind.~~

Ä6

Antrag

Initiator*innen: Bernhard Emunds

Titel: Ä6 zu A6: Lieferketten

Antragstext

Von Zeile 11 bis 16 löschen:

~~Befragt wurden deutsche Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitenden (insgesamt rund 2.250 Unternehmen), es gingen lediglich 455 gültigen Antworten ein. Die Maßgabe im NAP lautete, dass im Monitoring überprüft werden sollte, ob mindestens 50 Prozent aller in Deutschland ansässigen Unternehmen mit über 500 Beschäftigten bis 2020 die im NAP beschriebenen Elemente menschenrechtlicher Sorgfalt in ihre Unternehmensprozesse integriert haben.~~

Begründung

Es scheint mir unnötig, in einer Erklärung den Verweis auf die Studie mit diesem Absatz auszubauen.

Ä7

Antrag

Initiator*innen: Bernhard Emunds

Titel: Ä7 zu A6: Lieferketten

Antragstext

Von Zeile 17 bis 19:

Da die deutschen Unternehmen in ihrer Mehrheit ~~offensichtlich weit davon entfernt~~ bisher nicht bereit sind, ~~auf freiwilliger Basis~~ die Einhaltung der Menschenrechte in ihren Lieferketten von der Rohstoffgewinnung bis zur Endfertigung zu gewährleisten,

Ä8

Antrag

Initiator*innen: Bernhard Emunds

Titel: Ä8 zu A6: Lieferketten

Antragstext

Von Zeile 17 bis 18 einfügen:

Da die großen deutschen Unternehmen in ihrer Mehrheit offensichtlich weit davon entfernt sind, auf freiwilliger Basis die Einhaltung der Menschenrechte in ihren

Ä1

Antrag

Initiator*innen: Andreas Lob-Hüdepohl

Titel: **Ä1 zu A8: Ursachen erkennen – Verantwortung übernehmen – Konsequenzen ziehen (Redaktionsgruppe)**

Antragstext

Von Zeile 20 bis 21 einfügen:

institutionelle Verantwortung übernehmen und nicht zu strukturellen Veränderungen bereit sind. Wir fordern eine freimütige Diskussion auch innerhalb der Kirche und verurteilen jede Form, solche Diskussionen - womöglich sogar mit arbeitsrechtlichen Instrumenten - zu unterbinden.

Ä2

Antrag

Initiator*innen: Benedikt Patzelt

Titel: **Ä2 zu A8: Ursachen erkennen – Verantwortung übernehmen – Konsequenzen ziehen (Redaktionsgruppe)**

Antragstext

Von Zeile 30 bis 31 einfügen:

voranzutreiben, insbesondere auf dem Synodalen Weg. Leitend muss die Perspektive der Betroffenen sein. Um diese adäquat einnehmen zu können sucht das ZdK das Gespräch mit Betroffenen und lädt Vertreter*innen zur nächsten Vollversammlung im April 2021 ein.

Ä3

Antrag

Initiator*innen: ZdK-Präsidium

Titel: **Ä3 zu A8: Ursachen erkennen – Verantwortung übernehmen – Konsequenzen ziehen (Redaktionsgruppe)**

Antragstext

Von Zeile 26 bis 27 einfügen:

vergleichbare Prozesse und anzuwendende Methoden definieren und die Ergebnisse diözesanübergreifend evaluieren.

Im April 2020 hat die DBK mit der Bundesregierung eine „Gemeinsame Erklärung über verbindliche Kriterien und Standards für eine unabhängige Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche in Deutschland“ unterzeichnet. Wir fordern die Bischöfe auf die Vereinbarung in ihren Bistümer konsequent und entschlossen umzusetzen.

Antrag

Initiator*innen: Christian Poplutz

Titel: **Ä4 zu A8: Ursachen erkennen – Verantwortung übernehmen – Konsequenzen ziehen (Redaktionsgruppe)**

Antragstext

Von Zeile 1 bis 3 löschen:

~~Sexualisierte Gewalt ist seit langem struktureller Bestandteil der katholischen Kirche.~~ Das Leid der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen, die von sexualisierter Gewalt in der katholischen Kirche betroffen sind, erschüttert

Von Zeile 12 bis 13 einfügen:

Wir bedauern und bitten um Verzeihung, dass wir als Zentralkomitee der deutschen Katholiken nicht schon vor 2010 das Thema in den Blick genommen haben. Wir bekennen, dass auch wir das

Begründung

Der erste Satz sollte gestrichen werden, denn er trägt zum Anliegen des Antrags zu wenig bei und ist sogar fast beliebig. Statt "der katholischen Kirche" könnte man, nach allem, was wir bisher wissen, auch schreiben: "der evangelischen Kirche", "des Sports", "der verbandlichen Jugendarbeit" oder "des Internatswesens". Eine besser Formulierung finde ich jetzt aber nicht, daher plädiere ich für Streichung,

denn der erste Satz des Antrags würde zwar von den Medien mit Sicherheit zitiert werden, die weiteren Aussagen des Antrags würden aber dagegen vermutlich völlig untergehen. Das wird den Betroffenen nicht gerecht.

Die Formulierung "bedauern" im dritten Absatz ist mir einfach zu wenig. Es muss klar werden, dass auch wir als ZdK eine persönliche Haltung einnehmen. Dazu gehört auch eine Bitte um Verzeihung, welche das Bekenntnis im Folgesatz ergänzt und den Schlussappell im letzten Absatz glaubwürdiger macht.

Ä5

Antrag

Initiator*innen: Stefan Ottersbach, BDKJ

Titel: **Ä5 zu A8: Ursachen erkennen – Verantwortung übernehmen – Konsequenzen ziehen (Redaktionsgruppe)**

Antragstext

Von Zeile 8 bis 10:

Verantwortung trägt, muss diese auch übernehmen und aus Versagen Konsequenzen ziehen – das betrifft alle **Leitungspositionen** **Leitungsverantwortliche**, in erster Linie die Bischöfe. Weggesehen und geschwiegen haben in Fällen sexualisierter Gewalt über Jahrzehnte

Begründung

Es geht um persönliche Verantwortungsübernahme, nicht um namenlose Positionen. Bereits das Wording ist entscheidend.

Ä6

Antrag

Initiator*innen: Stefan Ottersbach, BDKJ

Titel: **Ä6 zu A8: Ursachen erkennen – Verantwortung übernehmen – Konsequenzen ziehen (Redaktionsgruppe)**

Antragstext

Von Zeile 13 bis 14 einfügen:

vor 2010 das Thema in den Blick genommen haben. Wir bekennen, dass auch wir das Leid der Betroffenen oft nicht an uns herangelassen haben und diesbezüglich noch Lernende sind.

Begründung

Auch für uns ist das Thema keines, das nur die Vergangenheit betrifft.

Ä7

Antrag

Initiator*innen: Stefan Ottersbach, BDKJ

Titel: **Ä7 zu A8: Ursachen erkennen – Verantwortung übernehmen – Konsequenzen ziehen (Redaktionsgruppe)**

Antragstext

Von Zeile 18 bis 20 einfügen:

aufgearbeitet wird, unterstützen wir dies. Wir sehen jedoch, dass es noch immer Bischöfe und weitere Leitungsverantwortliche gibt, die ihre Macht missbrauchen, keine persönliche und institutionelle Verantwortung übernehmen und nicht zu strukturellen

Begründung

Die aktuellen Vorgänge in Köln, Essen und Münster machen deutlich, dass auch weitere Verantwortliche berücksichtigt und deren Rolle aufgeklärt werden muss.

Ä8

Antrag

Initiator*innen: Matthias Belafi

Titel: **Ä8 zu A8: Ursachen erkennen – Verantwortung übernehmen – Konsequenzen ziehen (Redaktionsgruppe)**

Antragstext

Von Zeile 1 bis 2:

Sexualisierte Gewalt ist seit langem ~~struktureller Bestandteil~~ ein strukturelles Problem in der katholischen Kirche. Das Leid der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen, die von

Begründung

mündlich

Ä9

Antrag

Initiator*innen: Matthias Belafi

Titel: **Ä9 zu A8: Ursachen erkennen – Verantwortung übernehmen – Konsequenzen ziehen (Redaktionsgruppe)**

Antragstext

Von Zeile 1 bis 2:

Sexualisierte Gewalt ist seit langem ~~struktureller Bestandteil~~ ein strukturelles Problem in der katholischen Kirche. Das Leid der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen, die von

Begründung

mündlich

Ä10

Antrag

Initiator*innen: Birgit Aschmann

Titel: **Ä10 zu A8: Ursachen erkennen – Verantwortung übernehmen – Konsequenzen ziehen (Redaktionsgruppe)**

Antragstext

Von Zeile 28 bis 31:

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken verpflichtet sich, die Aufarbeitung kritisch zu begleiten. Dafür mandatiert das ZdK eines seiner Gremium, das Gespräch mit den Betroffenen zu suchen, mit ihnen gemeinsame Persepektiven zu entwickeln und Kontrollinstanzen zu überlegen, die Fortschritte in der Aufarbeitung sicherstellen können. Parallel sollen notwendige Reformen der katholischen Kirche ~~voranzutreiben,~~ insbesondere auf dem Synodalen Weg im Zuge des synodalen Weges vorangetrieben werden. Leitend muss die Perspektive der Betroffenen sein.